

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 2. Dezember 2025 · Nr. 280 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50

Die Rückkehr der Atombombe

Mehreren Staaten wird der Bau von Nuklearwaffen zugetraut

yr. · Seit sich Nordkorea als Atom-macht etabliert hat, ist die atomare Weltordnung ins Wanken geraten. Befeuert wird die Unsicherheit durch den Umstand, dass der atomare Schutzschirm der USA zusehends brüchig geworden ist. Nordkorea kann mit seinen Träger-raketen inzwischen die amerikanische Westküste erreichen. Das lässt Zweifel aufkommen, ob Präsident Trump bereit wäre, im Falle eines nuklearen Angriffs des Machthabers Kim Jong Un auf Süd-korea oder Japan tatsächlich mit einem Gegenschlag zu reagieren.

In Umfragen in Südkorea sprach sich jüngst eine Mehrheit der Bevölke-rung für eine atomare Bewaffnung aus. Selbst in Japan, dem einzigen Land, das Opfer eines Atomangriffs gewor-den ist, sind entsprechende Überlegun-gen nicht länger ein Tabu. Sobald sich aber ein Land für einen solchen Schritt entscheidet, würde das einen atomaren Dominoeffekt auslösen. Die Interna-tionale Atomenergiebehörde warnt offen vor einer solchen Kettenreak-tion: Fällt ein einziger Dominostein, könnten rasch andere folgen. Neben Nordkorea wird ein solches Szena-rio etwa auch im Fall Irans befürcht-et. Sollte sich das Mullahregime trotz allen Widerständen zur Atommacht aufschwingen, würde ziemlich sicher Saudiarabien folgen.

Die Atomenergiebehörde geht von einem Szenario mit bis zu 25 möglichen Atommächten aus. Was es bedeuten kann, auf Nuklearwaffen zu verzichten, zeigt auf schmerzliche Weise das Bei-spiel der Ukraine. Das Land übergab einst die im Land stationierten Atom-bomben an Russland – und ist seither ohne nuklearen Schutzschirm den An-griffen Putins ausgesetzt.

International, Seite 5

Die dunkle Seite des Showbusiness

Ein bekannter Influencer steht wegen Vergewaltigung vor Gericht

sgi. · Mächtige Männer aus dem Show-business, die jungen Frauen grosse Ver-sprechen machten – und danach Über-griffe begingen: Diese Konstellation ist in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Schauplatz der #MeToo-Debatte geworden. Sei es bei den Vor-würfen gegen den Musiker Sean Combs oder den Schöpfer des Modelabels Abercrombie & Fitch. Die Schwierig-keit solcher Fälle ist stets dieselbe: Lässt sich am Ende rechtsgenügend beweisen, was öffentlich vorgeworfen wird? Es ist eine Frage, die sich derzeit auch das Bezirksgericht Zürich stellen muss. In einem aufsehenerregenden Fall ist dort ein 30-jähriger Influencer angeklagt, dem fünf Frauen Vergewaltigung und Nötigung vorwerfen. Er selbst sieht sich als Opfer einer «Medienkampagne».

Die Verhandlung wirft ein Schlaglicht auf die diffizile Abwägung zwi-schen Opferschutz und den Rechten von Beschuldigten, die jüngst auch zu einer Reform des Sexualstrafrechts führte.

Zürich und Region, Seite 14



Helene Budliger Artieda widerspricht der These, dass der Bundesrat bereits im Frühjahr einen Deal hätte abschliessen können.

ANNECK TAPAR / NZZ

«Sie haben das für unser Land gemacht»

Die Schweizer Staatssekretärin Helene Budliger Artieda dankt den Unternehmern, die bei Trump vorgeschlagen haben

fab./pfi. · Die Kritik ist laut und viel-stimmig. Nicht nur die Linke schaufrüht sich darüber, dass sechs Unternehmer ohne politisches Amt im Zollstreit mit den USA eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch aus der FDP kam Skep-sis, und der Swatch-Patron Nick Hayek machte sich öffentlich über die Kolle-gen lustig, die bei Donald Trump im Oval Office für die Schweiz vermittelt haben.

Nun äussert sich zum ersten Mal jene Frau zum Thema, die aufseiten des Bundes im Hintergrund eine Hauptrolle spielte: Helene Budliger Artieda, die Staatssekretärin für Wirtschaft. Sie sagt im Interview mit der NZZ, der Besuch der Unternehmer sei «entscheidend» gewesen: «Die Delegation hat bewirkt, dass Präsident Trump seinem Handels-beauftragten grünes Licht gab, die Ver-handlungen mit uns abzuschliessen.»

Zum Streit um die Geschenke an Trump äussert sich Budliger nur zu-rückhaltend. Aber sie sagt: «Ich persö-nlich bin enorm froh, dass es in die-sem Land ein Unternehmertum gibt, das bereit ist, zu helfen, wenn das Land es braucht.» Die meisten seien von den Zöllen gar nicht essenziell betroffen.

«Sie haben das nicht für sich, sondern für unser Land gemacht.»

Klare Worte findet Budliger auch für die politische Vermischung, die zurzeit stattfindet: In der Debatte werden der US-Deal und die neuen Abkommen mit der EU oft gegeneinander ausge-spielt. Sie finde diese Diskussion «seltsam», sagt die Staatssekretärin. Die Schweiz brauche gute Beziehungen mit allen wichtigen Volkswirtschaften. Die Verträge mit der EU seien eine Chance, die das Land packen sollte. «Wir wissen nicht, ob sie noch einmal käme.»

Budliger betont, die dynamische Rechtsübernahme, vor der die Gegner warnen, gehe weniger weit, als dies oft dargestellt werde. Auch mit den neuen Verträgen habe es die Schweiz zum grössten Teil selbst in der Hand, wie sie sich wirtschaftspolitisch aufstelle. Rei-ner Freihandel mit der EU ist aus ihrer Sicht für die Schweiz keine verlockende Alternative zu den bilateralen Abkom-men. Selbst das Vereinigte Königreich sei nach dem Brexit mittlerweile zum Schluss gekommen, dass ein solches Ver-hältnis mit der EU nicht genüge.

Schweiz, Seite 8, 9

Der Bitcoin-Preis bricht ein

Angst vor einer KI-Blase und Hackerangriffe belasten die Kryptowährung

MICHAEL FERBER

Der Preis für die Kryptowährung Bit-coin ist deutlich gesunken. Von seinem Höchststand von mehr als 125 000 Dol-lar Anfang Oktober dieses Jahres auf rund 84 000 Dollar am Montag. Da-bei sollte man jedoch nicht vergessen, dass sich der Preis für den Bitcoin, die wichtigste Kryptowährung, seit Ende 2023 immer noch verdoppelt und seit Ende 2022 mehr als verfünffacht hat. Genährt wurde die Begeisterung für Kryptowährungen unter anderem von Kapitalzuflüssen institutioneller Inves-toren, neuen Anlageprodukten, regula-torischen Erleichterungen in den USA sowie dem US-Präsidenten Donald Trump, der sich als «Kryptopräsident» bezeichnete.

Allerdings zeigt der jüngste Rück-setzer, dass die Bäume auch am Markt für Kryptowährungen nicht in den Him-mel wachsen. Im vergangenen Jahr gab der Preis für Bitcoin um 12 Prozent nach. Zudem schwankt er sehr stark. Am Freitag vergangener Woche hatte er noch vorübergehend zugelegt, nun folgte der nächste Rückschlag.

Marktbeobachter und Kryptoex-perten nennen mehrere Gründe für die volatile Entwicklung beim Bit-coin-Preis. Zunächst ist da die Angst vor einem Platzen einer möglichen KI-Blase: Insbesondere bei den Aktien von Unternehmen, die im Bereich der künstlichen Intelligenz tätig sind, ist die Nervosität gross. Das sorgt für Un-sicherheit an den Börsen. Als Nvidia Rekordgewinne bekanntgab, gab die Börse trotzdem nach. Nvidia ist welt-weit führend bei der Produktion von Computenchips für KI-Anwendungen.

Parallelen zu Technologieaktien

In jüngerer Zeit habe es grosse Abflüsse bei Spot-Bitcoin-ETF gegeben, sagt Uwe Scheunemann, Finanzplaner bei dem Unternehmen Progressive Finance. Das sind Anlageprodukte, die den Bit-coin-Preis abbilden. «Institutionelle An-leger nehmen Risiko, und damit Bitcoin, aus den Büchern.» Auf Unsicherheiten an den Finanzmärkten reagiere Bitcoin sehr stark und als Erstes, sagt Phil Lo-jacono, Gründer des Finanzdienstleis-ters Berglunde. Folglich entwickle sich der Preis für die Kryptowährung oft-mals relativ ähnlich wie Technologie-aktien. Aus seiner Sicht sollte der Bit-coin aber eigentlich viel eher wie Gold angeschaut werden.

Luzius Meisser, Mitglied des Ver-waltungsrates beim Kryptobroker Bit-coin Suisse, sagt, KI-Aktien und Krypto-währungen würden Anleger mit einem ähnlichen Profil anziehen. Auch er kommt zu dem Schluss, dass sich der Bit-coin oft parallel zu Technologieaktien bewegt. Zudem seien Hebelprodukte beliebt, was Kurstrends nach oben wie nach unten verstärkte.

Als weitere Ursache für die grö-sere Zurückhaltung bei Anlegern nennt Scheunemann Hacks im Be-reich Decentralized Finance (De-Fi). Dieses dezentrale Finanzwesen basiert

auf der Blockchain. So seien jüngst bei dem Unternehmen Yearn Finance Gel-der gestohlen worden, dies habe allge-mein das Vertrauen in Kryptoanla-gen geschmälert, sagt Scheunemann. Auch gebe es Sorgen um die Liquidität von Strategy (vormals Microstrategy), einem Technologieunternehmen, das viele Bitcoins halte.

Laut Meisser könnte es sogar Zeit für einen erneuten «Kryptowinter» sein – also eine Periode mit sinkenden Preisen. Bei Kryptowährungen seien psycholo-gische Faktoren sehr wichtig, und der Glaube an einen etwa vierjährigen Zy-klus sei verbreitet. Der letzte «Krypto-winter» begann im November 2021. «Typischerweise dauert ein «Kryptowin-ter» ein Jahr», sagt Meisser. Doch mit zu-nehmender Marktreife sind die Zyklen weniger akzentuiert. Langfristig sieht er den Bitcoin als digitales Gold – mit ent-sprechendem Potenzial nach oben.

Wie das Edelmetall gelten auch Kryptowährungen als spekulative Geld-anlagen. Ihre Preise sind nicht funda-mental erklärbar, vielmehr sind Erwar-tungen über die Entwicklung der Preise entscheidend. Sie basieren also letztlich auf der Spekulation, dass jemand in der Zukunft einen höheren Preis bezahlen wird als heute.

Spekulative Anlagen

Kryptowährungen profitieren von den Zweifeln an den traditionellen Fiat-Währungen – also ungedeckten Papier-währungen wie dem Dollar oder dem Euro. Viele Anleger fürchten deren zu-nehmende Entwertung, die durch das Gelddrucken der Notenbanken ent-standen könnte. «Nach wie vor wachsen die Staatsschulden ins Unermessliche, und die Notenbanken liefern Liqui-dität», sagt Scheunemann. Das Inter-esse institutioneller Grossinvestoren am Bitcoin sei denn auch weiterhin vorhanden. Langfristig könnten, auch aufgrund der unterstützenden Trump-Administration, einige grosse Pensions-kassen diverser amerikanischer Glied-staaten die Kryptowährung in ihre An-lageportfolios aufnehmen. Scheune-mann hält Bitcoin und Ethereum als Beimischung mit einem Anteil von bis zu 5 Prozent auch in Portfolios von Pri-vatanlegern für vertretbar.

Reto Spring, Präsident des Finanz-planer-Verbands, verweist indessen dar-auf, dass viele etablierte Finanzunter-nehmen weiterhin nicht auf Kryptowäh-rungen setzen. Bitcoin und andere Krypto-anlagen seien bestenfalls als «Spielgeld» geeignet. Anleger sollten hier nur Geld investieren, das sie nicht bräuchten. Kryptowährungen seien spekulative Anlagen und für den langfristigen Ver-mögensaufbau nicht geeignet. Wichtig sei auch, darauf zu achten, dass Krypto-währungen beim Tod des Anlegers nicht verlorengingen. Wer in Kryptowäh-rungen investiere, gehe ein erhöhtes Risiko ein, sagt Philipp Merkt, Anlagechef von Postfinance. In der Vergangenheit wurde dieses Risiko teilweise durch höhere Renditen und Kursteigerungen belohnt, eine Garantie dafür gibt es jedoch nicht.